

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 407 09. April 2008

14. Jahrgang

Austausch ja - Heirat nein

In Genf bereitet sich der UNO-Menschenrechtsrat darauf vor, im August die Menschenrechtssituation in Guatemala genauer unter die Lupe zu nehmen. Im Vorfeld dieses Anlasses ist eine guatemalteckische Delegation nach Genf gereist, um ihre Anliegen vorzutragen und Lobbyarbeit vor allem gegen Menschenrechtsverletzungen an der indigenen Bevölkerung Guatemalas zu machen. Mitglied dieser Delegation war Mario Manuel Calel Pixcar. Die ¡Fijáte!-Redaktion nutzte die Gelegenheit für ein Interview.

Frage: Wer sind Sie?

Mario Calel: Ich heiße Mario Manuel Calel Pixcar und stamme aus Santa Cruz del Quiché. Ich bin ein Quiché-Maya und gehöre der Jugendorganisation von CONAVIGUA (Guatemalteckische Frauen- und Witwenorganisation) an.

Ich habe keine klaren Erinnerungen mehr an den Konflikt, dafür bin ich zu jung, aber ich habe die Angst und das Leiden meiner Mutter mit der Muttermilch aufgesogen. Das hat mich für den Rest des Lebens geprägt. Mein Vater wurde entführt und gefoltert und blieb verschwunden, wir haben ihn nicht beerdigen können. Die ganze Familie mütterlicherseits ist ermordet worden. Meine Mutter hat diese Geschichte immer offen erzählt, alles, was sie erlebt hat. Deshalb ist es in mir so präsent, wie wenn ich es selber erlebt hätte.

Frage: Haben Sie eine Erinnerung an ihren Vater?

M.C.: Ja, ich besitze ein Foto von ihm.

Frage: Was sind die Ziele der Jugendorganisation von CONAVIGUA?

M.C.: CONAVIGUA wurde im Jahr 1988 gegründet von Frauen, die ihre Männer oder Söhne im Krieg verloren haben. Sie kämpften (und kämpfen) für ihre Rechte als Frauen und Witwen und sahen schon bald die Notwendigkeit, dass auch ihre Kinder organisiert sein müssen, um sich für ihre Rechte als Jugendliche, Indígenas und Opfer des bewaffneten Konflikts einzusetzen.

Zu diesen Rechten gehört das Recht auf Leben, auf eine bessere Erziehung, auf Zugang zu Land - notabene zu unserem Land, das uns während des bewaffneten Konflikts enteignet wurde.

Frage: Welche Mittel setzen Sie ein, um diese Rechte einzufordern?

M.C.: Die Organisation und das Ausbilden von jugendlichen Führungspersönlichkeiten in den Gemeinden ist unser Hauptanliegen. Lange Zeit setzten wir uns für einen zivilen

Sozialdienst anstelle des obligatorischen Militärdienstes ein, und wir sehen es als grossen Erfolg, dass es heute ein entsprechendes Gesetz gibt. Junge Männer können heute wählen, ob sie Militärdienst leisten oder einen freiwilligen Dienst an der Gemeinde tun wollen. Damit leisten sie einen Beitrag zur Gemeindeentwicklung, z.B. durch Alphabetisierungskampagnen.

Frage: Damit hat der Staat seine Verpflichtung abgegeben, für die Bildung seiner BürgerInnen zu sorgen. Sozialdienstleistende sind sicher billiger als LehrerInnen.

M.C.: Das stimmt, aber es ist in unserem eigenen Interesse, dass die Leute in unseren Gemeinden lesen und schreiben lernen. Es geht uns darum, dass die Regierung anerkennt, dass die Jugend in der Lage ist, diese Entwicklungsschritte zu leisten. Und natürlich kämpfen wir für eine finanzielle Entschädigung.

Gleichzeitig läuft aber auch ein Identifizierungsprozess der Jugendlichen mit ihren Gemeinden und mit ihren Mitmenschen. Sie knüpfen ganz andere Beziehungen, als wenn sie als Soldaten in die Gemeinden kämen.

Frage: Erreichen Sie mit der Organisation und der Ausbildung von Jugendlichen, dass diese in den Kommunalräten (COCODES) besser vertreten sind?

M.C.: Leider ist unsere Präsenz in den COCODES noch sehr gering. Aber genau darum geht es uns: Wir wollen politische, soziale und kulturelle Räume besetzen, und unsere Forderungen und Bedürfnisse sollen ernst genommen werden.

Frage: Wenn wir heute von der Identität junger Indígenas sprechen, wovon sprechen wir?

M.C.: Von Identität zu sprechen heisst, darüber zu sprechen, wie Jugendliche in ihren Gemeinden leben. Leider hat uns Männer die Geschichte zu stark geprägt, und wir haben unsere traditionelle Kleidung abgelegt, um westliche Second-hand-Kleider zu tragen. Es sind fast nur noch

die Frauen, die *corte* und *huipil* tragen.

Von Identität zu sprechen heisst, überhaupt erst einmal unsere eigene Geschichte anzuerkennen und uns dafür nicht zu schämen. Ein fundamentaler Teil der Identität ist auch die Sprache.

Frage: Ist Migration ein Thema für die Jugend im Departement Quiché?

M.C.: Die massive Migration ist eine der Konsequenzen unseres politischen Systems. Sie ist eine Folge von strukturellen, juristischen und zwischenmenschlichen Problemen. Dies lässt junge Leute die Entscheidung treffen, in die Städte oder in andere Länder zu gehen. Dort werden sie mit anderen Umgangsformen konfrontiert. Die Frauen müssen die Tracht ablegen, oft werden sie sexuell ausgebeutet. Wer einen Job will, muss Spanisch sprechen. Womit wir bei der Diskriminierung und dem Rassismus angefangen wären.

Dann kommt es nicht mehr gross darauf an, ob ich dies in Guatemala oder in einem anderen Land erdulde, wo ich wenigstens etwas mehr verdiene als hier. Wenn die Jugendlichen dann wieder in die Gemeinden zurückkommen, gibt es oft Konflikte. Sie haben andere Gewohnheiten angenommen, haben sich gewalttätige Verhaltensweisen angewöhnt, respektieren ihre Familien nicht mehr.

Ein anderes Problem ist der Alkoholismus und die Drogen. Ich sehe darin den Versuch, die Jugend stillzuhalten. In der Werbung sehen wir nicht-indigene Machos, die nichts mit unserer Realität zu tun haben. Und trotzdem lassen sich viele indigene Jugendliche davon beeinflussen und haben das Gefühl, durch Alkohol so zu werden wie diese Typen.

In unserer Arbeit legen wir viel Wert darauf, diese Mechanismen und Denkweisen zu durchbrechen, Bewusstsein zu schaffen, dass der Alkoholismus nicht nur das Individuum, sondern auch die Familie, die Gemeinschaft zerstören kann.

Frage: Hat sich das Phänomen der maras (Jugendbanden, die Red.) bereits bis in den Quiché ausgebreitet?

M.C.: Maras gibt es überall im Land. Doch die Jugendlichen sind nicht schuld! Schuld am Phänomen der maras ist das System, in dem wir leben. Ich will Gewalttätigkeit nicht entschuldigen, aber sie ist eine Frucht unserer Geschichte und der Tatsache, dass wir sie nicht verarbeitet haben.

Frage: Was erwarten junge Indígenas vom neuen Präsidenten?

M.C.: Leider läuft auch in dieser Regierung vieles irgendwo im Dunkeln ab. Schöne Worte sind das eine, die Praxis etwas ganz anderes. Zur Amtsübernahme hat der Präsident die Indígena-Autoritäten eingeladen, da standen die alten Männer mit ihren "Zeptern" als folkloristische Zierde.

Aber das heisst noch lange nicht "Unterstützung der indigenen Bevölkerung bei der Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse", wie es der Präsident während seiner Wahlkampagne versprochen hat.

Frage: Glauben Sie, dass die politische Zukunft der Mayas darin liegt, eine exklusive Indígena-Partei zu gründen?

M.C.: Ich glaube nicht an dieses ausschliesslich Indigene. Es hat bisher immer wieder Indígenas in den verschiedenen Kabinetten oder im Kongress gegeben. Aber weder haben sie meine Interessen vertreten, noch haben sie effektiv Entscheidungen treffen können. Ich glaube, wir müssen beginnen, mit der Basis zu arbeiten, mit den Leuten in den Gemeinden. Wir müssen uns endlich von der kolonialistischen Ideologie befreien und unsere wirkliche Identität finden.

Frage: Was hielten Sie von der Präsidentschaftskandidatur von Rigoberta Menchú?

M.C.: Es war für die Mayabevölkerung ein wichtiger Moment. Es ist wichtig, dass Indígenas politische Räume besetzen. Klar, sie hatte die Unterstützung der Indígenas nicht, aber leider wurden diese auch ziemlich manipuliert - von Kräften, die verhindern wollten, dass es eine indigene Solidarität mit Rigoberta gab. Für das Selbstbewusstsein junger Indígenas ist aber eine Figur wie Rigoberta Menchú wichtig.

Frage: Sie sind eine explizit indigene Jugendorganisation. Haben Sie auch Kontakt zu nicht-indigenen Gruppierungen?

M.C.: Es gibt eine gewisse Verwirrung, was unsere Organisation betrifft. Viele Leute glauben aufgrund des Namens, dass ausschliesslich Mayas beitreten können. Als Organisation nennen wir uns zwar so, aber wir sind offen für den Austausch mit anderen.

Gerade wir jungen Leute sollten das Ausschliesslichkeitsdenken ablegen. Wir müssen aufhören mit dieser Trennung zwischen indigen und nicht-indigenen.

Frage: Sind sie verheiratet?

M.C.: Nein.

Frage: Haben Sie eine Freundin oder Verlobte?

M.C.: Ich hatte eine.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, eine nicht-indigene Frau zur Freundin zu haben oder zu heiraten?

M.C.: Pues... Mir geht es um den Austausch. Ich glaube, etwas vom Wichtigsten ist der Respekt. Wenn ich eine nicht-indigene Frau kennenlerne, mich mit ihr austausche, wir einander erzählen, heisst das noch lange nicht, dass ich mich auch gleich durchsetzen muss - oder sie. Ich respektiere ihre Kultur, sie respektiert meine Kultur, aber heiraten müssen wir deswegen noch lange nicht.

Frage: Sie sind 27 Jahre alt, nicht verheiratet und Mitglied einer Jugendorganisation. Wäre es nicht langsam an der Zeit "erwachsen" zu werden?

M.C.: Für uns Maya hängt das Erwachsensein nicht mit dem Alter zusammen. Ich kann nach wie vor in einer Jugendorganisation aktiv sein, solange ich mich mit deren Zielen identifiziere und mich mit den Leuten verstehe.

Frage: Wie lange zählt man denn bei Ihnen zur Jugend? Bis zur Heirat oder bis zum Eintritt ins Berufsleben?

M.C.: Wann die Jugendzeit aufhört? Wenn man das Handtuch wirft!

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Rechnungsbegleichung oder neue Drogenbüchse der Pandora?

Guatemala, 04. April. Die Minister des Inneren und der Verteidigung waren am 25. März gerade dabei, die Schaffung einer Lufteingreiftruppe gegen Drogen und Terrorismus zu beschliessen, die von US-amerikanischen Fachleuten ausgebildet, mit US-Geldern ko-finanziert und mit vier US-Hubschraubern des Typs Huey II ausgestattet, der auch im Antidrogen-Plan Colombia eingesetzt wird, als der Anruf kam: Im touristischen Erlebnisbadezentrum "La Laguna", Río Hondo, im Departement Zacapa, hat es ein Blutbad unter "narcos" gegeben. Unter den 11 Toten wurden zwei Mexikaner und 9 Guatemalteken identifiziert, die neben drei Verletzten im Umkreis von 40 Metern um den Barbereich verstreut gefunden wurden. Eingesetzt worden waren offenbar Waffen schwersten Kalibers und mindestens eine Splittergranate, zwei Autos waren in Brand gesetzt, fünf weitere beschädigt. Direkt am Tatort wurden gleich mindestens 460 Patronenhülsen und 68 leere Magazine, aber keine Spur von Drogen gefunden. Innerhalb der nächsten Stunde wurden auf der Landstrasse von der Anlage weg drei verdächtige Guatemalteken und drei Mexikaner festgenommen, die schwere Waffen bei sich hatten. Einer von ihnen ist ehemaliger Polizist und Ex-Agent der ehemaligen Staatsanwältin Karen Fischer. Alle sechs, so stellte sich heraus, waren Bodyguards des als "Juancho" bekannten Drogenbosses José León Ardón, mutmasslicher Kopf des guatemalteckischen Drogenkartells im Osten des Landes, das die Region Golf/ Sayaxché, Zacapa, Izabal und Petén umfasst. Juancho wurde als einer der Toten identifiziert, die anderen Leichen als weitere seiner Bodyguards. Vermutet wird, dass der Mexikaner Joaquín "El Chapo" Guzmán hinter der Tat steckt und womöglich sich auch am Tatort aufgehalten hat. Er steht als einer der gesuchtesten Drogenbosse sowohl auf der roten Liste von Mexiko als auch den USA, ist aber seit 2001 flüchtig.

Die ersten Ermittlungen, in die sich auch die US-amerikanische Anti-Drogen-einheit DEA und das mexikanische Generalprokurat eingeschaltet haben, haben zwar bereits einige Fahrzeuge lokalisiert und bei Durchsuchungen von Wohnungen und Häusern, die offenbar seit kurzem von Mexikanern angemietet worden sind, Gegenstände und Dokumente gefunden, die mit der Tat in Verbindung zu stehen scheinen, doch über die Hintergründe des Verbrechens sind bislang nur Hypothesen verlautbart worden. So kann es beispielsweise sein, dass es einen Drogendeal zwischen dem

Kartell von El Chapo und Juancho gab, letzterer jedoch unsaubere Ware geliefert hat und dafür bezahlen musste. Oder aber es ging um die Neuverhandlung der Territorien der Kartelle. Der Mord an Juancho scheint zumindest relativ sicher mehr als einen Monat im Voraus geplant gewesen zu sein. Und unter dem Druck, den der unterlegene ehemalige Präsidentschaftskandidat Otto Pérez Molina mit seiner lakonischen Bemerkung auf die Regierung ausübt, das Gemetzel und das freie Agieren der Drogenmafia im Land sei Folge von Coloms schwacher und unklaren Regierungsführung, gab der amtierende Präsident Rafael Espada einige Resultate der laufenden Geheimdienstermittlungen bekannt. Diesem liegt nicht nur ein recht detailliertes Organigramm der drei im Osten Guatemalas operierenden Drogenkartelle, ihrer Verbindungen und Hierarchien untereinander sowie zu den grossen Kartellen Mexikos und Kolumbiens vor. Dem Chef des geheimdienstlichen *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), Gustavo Solano, ist zudem die Situation der Drogenhändler in der Region klar, dass diese nämlich aufgrund des Drucks der mexikanischen Regierung, die ihnen zudem diverse traditionelle Routen abgeschnitten hat, dazu gezwungen sind, sowohl neue Transportwege zu organisieren und als auch sich neue Gebiete ihrer Zuständigkeit zu sichern, um die Lieferquoten und somit ihre Einnahmen zu halten.

Nach den sechs gefassten und derzeit in Untersuchungshaft sitzenden und des Mordes, versuchten Mordes, Raubes und Waffenbesitzes angeklagten Bodyguards, wurde wenige Tage später in Zacapa ein Kaibil, Angehöriger der "Elite"-Einheit der guatemalteckischen Streitkräfte, die besonders fürs Morden bekannt ist, festgenommen, der 2006 noch mit der UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo war. Er hielt sich in einem Haus auf, in dem einiges Beweismaterial zusammengetragen wurde, und war nach eigenen Aussagen von ihm Unbekannten zu dessen Hüten angestellt. Er selbst ist wegen Schwerkraftwaffenbesitz und illegaler Vereinigung verhaftet worden. Die NachbarInnen hatten in der letzten Zeit vornehmlich in den Abend- und Nachtstunden Luxusautos vor- und wegfahren sehen und deren Insassen, die ab und zu eine lokale Kneipe aufsuchten, an ihrem Akzent als Mexikaner identifiziert.

Dass vor allem im Departement Petén Polizeibeamte in den Drogenhandel verwickelt sind, ist den Autoritäten bekannt, für die Verhaftung derjenigen fehlt es der Kriminalpolizei jedoch an Perso-

nal und Geldern. Dass aber möglicherweise auch das Militär in das Drogengeschäft involviert sein könnte, liess Espada noch einmal hilfloser erscheinen.

Gleichzeitig ist es ein offenes Geheimnis, dass der Drogenhandel nicht nur die BäuerInnen zum Beispiel in den grenznahen Departements Petén und San Marcos für den Anbau von Mohn und Hanf besser bezahlt, als es die traditionelle Landwirtschaft könnte. Ausserdem ist die lokale Bevölkerung oftmals zuständig für das Laden und Entladen der Flugzeuge, die im Petén auf den klandestinen Landepisten zwischenlanden, von wo aus die Droge umgeladen oder aber auf dem Landweg über die Grenze geschafft wird. 70% der Drogen werden jedoch über das Meer und nur 30% über Land transportiert. Dass die von den Autoritäten als hochgefährlich eingestuften Drogenbosse bei der lokalen Bevölkerung durchaus als Gönner und vor allem ihre Versprechen haltende Unterstützer der Gemeindeentwicklung gelten, mag die Tatsache belegen, dass zu Juanchos Beerdigung mehr als 1'000 Trauergäste erschienen.

Die guatemalteckische Regierung ist angesichts der Drogenmafia und dem organisierten Verbrechen generell nicht nur bekennd schlecht ausgerüstet, der Umgang mit diesem ist offenbar wieder einmal deutlich von persönlichen Interessen geleitet. So behauptet Francisco Cuevas, Journalist des mexikanischen Fernsehkanals *Televisa* in einem Kommentar in der Tageszeitung *Siglo XXI*, dass in ganz Zentralamerika die Präsenz der mexikanischen "narco"-Szene - allen voran das Kartell Juárez - bekannt und publik gemacht ist. Auch die guatemalteckische Regierung, speziell die unter Ex-Präsident Óscar Berger habe dies gewusst, jedoch dafür gesorgt, dass diese Tatsache nicht an die grosse Glocke gehängt werde, da Leute im engsten Umkreis von Berger ihre Finger mit im Geschäft hatten, deswegen kein Aufheben darum gemacht werden sollte.

Der ehemalige Chef der SAE, Edgar Gutiérrez vom *Zentrum für strategische Studien zur BürgerInnensicherheit* (CEESC), beschreibt die Situation aus anderer Perspektive: Sechs Jahr habe in Guatemala eine relative Ruhe in Sachen Drogenkonfrontationen geherrscht. Es hat viele kleine Kartelle nebeneinander gegeben, die alle ihr Auskommen hatten und von dem friedlichen Nebeneinander profitierten, so lange alle gewisse Regeln einhielten. Da sie keine Konflikte untereinander hatten und die öffentliche Aufmerksamkeit erregten, sah die

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Regierung keine Notwendigkeit, die Verfolgung aufzunehmen, es kam zu eher wenigen Festnahmen und Drogenkonfiszierungen, die wenn dann vornehmlich auf die Forderungen der USA zurückgingen. Die jetzige Auseinandersetzung von bis zu drei Drogenkartellen in Zacapa könnte zweierlei bedeuten, so Gutiérrez: Entweder handelt es sich um eine vereinzelte Konfrontation zur Rechnungsbegleichung am Rande, da selbst die narcos keinen deklarierten Krieg wollten, wie er in einigen Bundesstaaten Mexikos herrscht, oder aber der unausgesprochene Waffenstillstand hat nun auch in Guatemala ein Ende und der Krieg zwischen den mexikanischen Kartellen streckt sich Richtung Süden aus.

Dass die Tat Vergeltungsakte nach sich ziehen kann, wird jedenfalls nicht ausgeschlossen. Unter anderem aufgrund der Forderung der Kongressabgeordneten nach einer verstärkten Militärpräsenz im Petén, wurde nun auch eine kombinierte Einheit aus guatemalteki-scher und mexikanischer Armee an der gemeinsamen Grenze stationiert.

Aktionsplan Agrotreibstoffe

Ende Februar wurde bekannt, dass die kolumbianische Regierung in Guatemala, El Salvador und Honduras je eine Agrotreibstoffanlage errichten will. Dies im Rahmen des Plan Puebla Panamá, zu dessen Mitgliedern Kolumbien seit 2006 gehört. Die Kapazität dieser Raffinerien beträgt zwischen täglich 2'000 und 10'000 Litern, in Betrieb genommen werden sie voraussichtlich im September dieses Jahres. Im Fall Guatemala soll der Treibstoff aus dem Samen der Jatropha (Brechnuss) gewonnen werden, der einen Ölanteil von beachtlichen 30% aufweist.

Auch die Interamerikanische Entwicklungsbank investiert im Rahmen ihres Aktionsplans Biotreibstoffe seit letztem Jahr beachtliche Summen in diese Technologie, mit der Begründung: "Die Biotreibstoffe bringen einerseits Investitionen, Entwicklung und Arbeit in ländliche Gebiete mit grosser Armut und verringern andererseits die Abhängigkeit von importierten fossilen Treibstoffen".

Für Guatemala liegt seit Anfang des Jahres ein solcher Aktionsplan vor, ausgeführt werden soll er vom Ministerium für Energie und Minen. Der grösste Bremsklotz, der diesem Projekt aktuell im Weg steht, ist der Kongress. Die zuständige Kommission will nämlich eine Anpassung des entsprechenden Treibstoffgesetzes. Kommissionspräsident Alejandro Sinibaldi erklärt, dass zuerst der Marktzugang, die Logistik und der Vertrieb sowie die Mischverhältnisse mit

Gesetz gegen Gewalt an Frauen sabotiert

Guatemala, 04. April. Das Rahmengesetz über Gewalt gegen Frauen, das einen Konsens darstellt zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft, unabhängigen Feministinnen und den Vereinten Nationen und seit Dezember 2007 bereits die erste Lesung im Kongress passiert hatte, wurde dieser Tage untergraben durch eine von den ParlamentarierInnen begünstigte ähnliche Gesetzesinitiative, die keine andere eingereicht hat als die Präsidentengattin Sandra Torres. In einem Kommuniqué beschwerten sich Frauenorganisationen bereits im März, als Torres ihren Vorschlag vorbrachte, dass sie überhaupt nicht darüber informiert worden, geschweige denn an der Ausarbeitung beteiligt worden seien.

Nineth Montenegro, Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG), gestand gegenüber der Presse, dass ihre Fraktion zu klein sei, um dem Rahmengesetz die nötige Mehrheit zu verschaffen. Sie bedauerte, dass gerade dieses Vorhaben, das Ergebnis der intensiven Vorarbeit der Frauenorganisa-

tion ist und tatsächlich die gesamtheitliche Sicherheit der GuatemaltekinInnen verbessern könnte, nicht vom Kongress unterstützt werde.

Doch auch Torres Vorschlag wurde unter anderem von der Fraktionschefin der *Patriotischen Partei* (PP), Roxana Baldetti, scharf kritisiert. Er widerspreche nicht nur einigen der gültigen nationalen Gesetze, einige Strafen seien sogar geringer als im Strafgesetzbuch vorgesehen, es lasse die Klassifizierung der sexuellen Belästigung als Delikt ausfallen, stelle also keinerlei Fortschritt für die Frauen im Lande dar. - Offen bleibt, wie mit den vorliegenden Initiativen umgegangen wird.

Ein Teilaspekt, die Klassifizierung des unter "Femizid" bekannten Mordes an Frauen als Verbrechen, erhielt unabhängig davon dieser Tage die Billigung des Kongresses in der ersten Lesung - von dreien. Darin wird für den Täter eine Freiheitsstrafe von zwischen 25 und 50 Jahren vorgesehen, die nicht in Bewährung umgewandelt werden können. Der Versuch, diesen Vorschlag unter nationaler Dringlichkeit zu verabschieden, wurde von einigen Männern im Parlament verhindert, die Zweifel an einigen Details anmeldeten.

Im letzten Jahr wurden 591 Morde an Frauen registriert, in 2008 sind bereits 104 Frauen in Guatemala auf gewalttätige Weise umgekommen.

anderen Treibstoffen festgelegt werden müssen, bevor das Projekt in Angriff genommen wird. Ebenso fehlen bisher jeglicher Mechanismus zur Qualitätskontrolle und ein Notfallszenario für Versorgungsengpässe, da der Import von ähnlichen Produkten verboten ist. Auch fehlen Markt- und Machbarkeitstudien sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen. In Guatemala wurde bisher ausschliesslich das aus Zuckerrohr gewonnene Ethanol produziert, das im Land auch Absatz findet.

Gemäss Energieministerium will man mit der Produktion von Agrartreibstoffen die Palette der Energiequellen diversifizieren und die Abhängigkeiten verringern. Doch gibt es auch kritische Stimmen.

In Guatemala gibt es aktuell acht Unternehmen, die Agrartreibstoffe herstellen, zwei davon decken mit täglich 3'000 Galonen 72,5% der Produktion ab. Das ist eine sehr kleine Produktion, die ausschliesslich auf dem internen, noch nicht offiziellen Markt verkauft wird. Als Rohmaterial dienen z.B. die Früchte der Afrikanischen Palme, Jatropha, Rizinus, recyceltes Öl oder tierische Fette. Über die Frage von Import / Export und Vermarktung verhandelt momentan noch die Zentralamerikanische Zollunions-Behörde.

Obwohl die Umsetzung des Aktionsplans in den Händen des Energieministeriums liegt, betont die Interamerikanische Entwicklungsbank, dass der

Privatwirtschaft eine Schlüsselfunktion in dem Industriebereich obliege. Und diese ist denn auch schon zur Stelle: In Guatemala sind es die beiden Familien Campollo Codina und Widmann (verwandt mit Ex-Präsidentengattin Wendy Widmann), die im grossen Stil Plantagen von Afrikanischen Palmen besitzen bzw. anlegen, ohne sich darum zu kümmern, dass es deswegen zur Umsiedlung bzw. Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung kommt. Diese Plantagen liegen vor allem im Norden des Landes, weil dort der Anbau aus wasser- und transporttechnischen Gründen (entlang der Verbindungsstrasse Franja Transversal del Norte) interessant ist.

Auch aus Umweltschutz-Fragen ist der Nutzen von Agrartreibstoffen fragwürdig. Riesige Waldflächen werden gerodet für die Pflanzungen, meist werden Ummengen von Düngemittel verwendet, die dann wieder ins Grundwasser fliessen, der Energieaufwand ist meist viel grösser als der Energiegewinn. Erste Umweltschäden sieht man bereits an der Südküste, wo Monokulturen zur Treibstoffgewinnung (Afrikanische Palme und Zuckerrohr) bereits seit längerem angebaut werden.

Coloms Personalentscheidungen

Guatemala, 03. April. Nachdem Präsident Colom bereits auf den unteren Ebenen dafür gesorgt hat, dass ihm affine Leute und vor allem diejenigen, die ihn in seiner Wahlkampagne unterstützt haben, einen Posten in seiner Regierung bekommen, versucht er jetzt auch die oberen Reihen zu säubern. So wurde dem Generalprokurator Mario Gordillo in der letzten Märzwoche mitgeteilt, der Präsident wünsche seine Kündigung. Das Hauptargument, er stimme nicht mit der Ideologie der Regierung überein, wurde Gordillo gleich offenbart. Dieser sieht sich jedoch nicht zu einem Rücktritt vor Ablauf seiner Amtszeit im Mai 2010 gewillt und beruft sich dabei auf den Verfassungsartikel 252, laut dem es für eine Kündigung einen ordnungsgemäss begründeten und gerechtfertigten Grund brauche. Aber auch die vermeintlich inhaltlichen Argumente Coloms sind wenig stichhaltig. So wird Gordillo ein Interessenkonflikt vorgehalten, da seine Frau Richterin am *Obersten Wahlgericht* (TSE) sei. Zum einen jedoch haben das TSE und das *Generalprokurat* (PGN) überhaupt keinen gemeinsamen Nenner und nichts miteinander zu tun, zum anderen hat Gordillos Gattin ihr Amt später als er angetreten, wenn überhaupt müsste sie also gehen. Der Vorwurf der geringen Dynamik im Handeln der PGN entbehrt ebenfalls der Beweise. Und schliesslich scheinen auch Gordillos vermeintliche politische Intentionen mehr als an den Haaren herbeigezogen, er strebe 2009 einen Posten am *Obersten Gerichtshof* (CSJ) an und wolle bei den nächsten Präsidentschaftswahlen für die Vizepräsidentschaft kandidieren.

Offiziell zog Colom aufgrund der "Sturheit" des Generalprokurators seine Rücktrittsforderung zurück, doch Gordillo wird jetzt anderweitig unter Druck gesetzt: Auf einmal werden von ihm innerhalb von 48 Stunden - anstatt der üblichen 72 - Berichte von bearbeiteten Fällen gefordert, die entweder in entfernten Regionen stattfanden oder wenig Relevanz für den täglichen Betrieb der PGN haben. Gordillo hat derweil beim Verfassungsgericht eine Rechtsschutzklage eingereicht.

Grundsätzlich darf der Präsident die Person für die Leitung des Generalprokurats durchaus ernennen und zwar nach der rechtmässig abgelaufenen Amtszeit von vier Jahren und wenn dem/der Zuständigen bis dahin in Bezug auf seine/ihre Amtsführung rechtmässig nichts vorzuwerfen ist. Gleichzeitig gehört nämlich das Generalprokurat neben dem *Menschenrechtsprokurat* (PDH), dem *Rechnungshof* (CGN) und der Generalstaatsanwaltschaft zu jenen staatlichen Organen, die die Arbeit der Regierung

überwachen (sollen).

Die Absetzung einer anderen zeitweilig durchaus zu den Schlüsselfiguren gehörenden Personen der Regierung verlief indes widerspruchlos: Präsident Colom ordnete nun an, den Vertrag von Victor Rivera alias "Zacarias", Berater im Innenministerium, nicht zu erneuern. Auch hier beeindruckt Colom mit einer äusserst vagen Aussage zur Erläuterung seiner Entscheidung, den seit gut 12 Jahren für die guatemalteckische Regierung arbeitenden Ermittler zu entlassen: "Er war sehr unabhängig. Das einzige Argument für seinen Abtritt ist die Unvereinbarkeit der Arbeit mit dem Team des Innenministeriums."

Rivera begann seine Arbeit indirekt für das Innenministerium unter Ex-Präsident Álvaro Arzú. Eingeladen vom Privatsektor nahm er sich der Ermittlungen von den damals zahlreichen Geiselnahmen an. In Folge war er auch für die Ex-Präsidenten Alfonso Portillo und Óscar Berger als Berater tätig. Der aus Venezuela stammende Rivera war dort bei der Polizei, ging dann als Berater der staatlichen Sicherheitsstrukturen nach El Salvador. In den 80er Jahren soll er zudem für die US-amerikanische CIA gearbeitet haben. In der guatemalteckischen Kri-

minalpolizei unterstanden ihm zuletzt acht Polizeioffiziere und zwei Verwaltungspersonen, eingesetzt wurde diese Einheit vornehmlich für Ermittlungen von Geiselnahmen, Morden und Erpressungen. Gleichzeitig wird Victor Rivera spätestens seit dem Mord an den salvadorianischen Abgeordneten des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und deren Chauffeur im Februar 2007 in Verbindung gebracht mit den parallelen Strukturen, die das Land beherrschen. Er selbst soll Anführer einer Todesschwadron sein (¡Fijáte! 380).

Aufgrund seiner generell eher dunkel anscheinenden Machenschaften hatten vor allem Menschenrechtsorganisationen den Druck auf die Regierung erhöht, Rivera zu entlassen. Der Kommentar der ehemaligen Innenministerin Adela Torrebiarte steht stellvertretend für die geteilten Meinungen in Bezug darauf: Auf der einen Seite begrüsst sie den klaren Schritt Coloms, aktiv gegen mögliche parallele Strukturen innerhalb der Regierung vorzugehen. Zugleich hat sie Rivera als kompetenten und erfolgreichen Experten auf dem Gebiet der Verhandlung und Freilassung bei Geiselnahmen und anderen Schwerverbrechen kennen- und schätzen gelernt.

UNICEF-Zahlen für Guatemala

Guatemala, 02. April. Mit seinem aktuell vorgelegten Bericht "Kindheit in Zahlen" will UNICEF einmal mehr auf die prekäre Situation aufmerksam machen, in der die Mädchen und Jungen in Guatemala leben. Das Resümee: die entsprechenden Ziele des Millenniums bis 2015 werden hier ziemlich sicher nicht erreicht. Zwar weist der UNICEF-Repräsentant für Guatemala, Manuel Manrique, darauf hin, dass die vorgelegten Daten nicht dazu führen sollen den Mut zu verlieren und bei der Erkenntnis zu verharren, dass die Kinder in einer besonderen Situation der Verletzbarkeit leben, stattdessen sollten Aktionen gefördert werden und die Zuständigen sich dazu verpflichten, Lösungen zu suchen.

Doch allein die konkreten Beobachtungen in zweien der untersuchten Bereiche lassen nicht kalt, auch wenn sie schon von lokalen Organisationen immer wieder aufs Tapet gebracht wurden: Demnach ist Guatemala in Lateinamerika das Land mit der höchsten chronischen Unterernährung bei Kindern, weltweit liegt es damit an sechster Stelle. Betroffen sind 49% der guatemalteckischen Mädchen und Jungen. Auf kontinentaler Ebene folgen ihm Honduras mit 29%, Bolivien mit 27% und Ecuador mit 26%. In Costa Rica als Gegenpol sind immerhin 6% der Kinder betroffen.

Das andere bei der Präsentation hervorgehobene Thema ist die herrschende Gewalt. Manrique unterstrich dabei, dass die Kinder schlicht der vulnerabelste Sektor der Gesellschaft diesbezüglich sind, da sie sich nicht verteidigen und oftmals nicht erfassen können, was um sie herum geschieht. Sie sind unschuldige Opfer, die zwischen die Fronten geraten oder auch "nur" eine verlorene Kugel abbekommen. So letzte Woche noch, als Unbekannte aus einem fahrenden Auto auf ein Paar schossen, dabei die Frau von einer Kugel verletzt und ihre zwei Monate alte Tochter tödlich getroffen wurde.

Es sei dringend nötig, so der UNICEF-Repräsentant, Instrumente der Gewaltprävention voranzutreiben und zu stärken, angefangen bei den Menschenrechten der Kindheit und Projekten, die nicht erst mit den Jugendlichen durchgeführt werden, die bereits in der Gewaltspirale verwickelt sind, sondern von der frühesten Erziehung an, um Werte eines friedlichen Miteinander zu fördern.

Der Bericht soll sowohl der Regierung als auch der Gesellschaft als Grundlage dienen und als Abbild der Wirklichkeit, um realitätsnahe Entscheidungen zu treffen und der Problematik die nötige Priorität und Bedeutung zuzumessen, schliesst Manrique.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Das heilige Opfer

Die Karwoche verdichtet kostbare Äusserungen unserer psychosozialen Verfassung. Bekanntlich siedelt der Gemeinwille diese Tage als Zeit des Feierns ausserhalb alltäglicher Ereignisse an. Die Strassen werden von Prozessionen beherrscht, Mysterien des traditionellen Katholizismus besetzen Raum und Zeit der Bevölkerung.

All diese Mysterien bilden sich um Archetypen unschuldiger Opfer: Jesus und seine Mutter, deren schmerzvolle Bilder sich in den frommen, manchmal weinerlichen Augen der Leute spiegeln. Die Karwoche inthronisiert die heiligen Opfer des Christentums in einer seltsamen Übereinstimmung der Gefühle quer durch die verschiedenen Ethnien und sozialen Klassen hindurch.

Die trauernden Gestalten, welche die öffentlichen Räume und Geschäftszeiten beherrschen, vermögen die unterschiedlichsten Leute zusammenzubringen: Einfache Tagelöhner, die saisonal auf den Fincas arbeiten, ihre Vorarbeiter sowie Grossgrundbesitzer und Agroexporteure; Hausangestellte und Damen aus der Oberschicht; Arbeiterinnen, die zu unmenschlichen Arbeitszeiten an der Nähmaschine in einer Maquila schufteten und ihre ehrgeizigen Chefs; Kranke, die monatelang darauf warten, dass sie in irgend einem öffentlichen Spital aufgenommen werden, und ihre ÄrztInnen oder sogar irgendein Beamte, der Experte darin ist, Gelder des IGSS (Guatemaltekisches Sozialversicherungsinstitut - die Red.) auf private Bankkonten umzuleiten; Frauen, die ungestraft geschändet wurden wie auch die vergewaltigten Machos; die Witwen, die mit einem Korb voller Avocados aus ihren Dörfern hinuntersteigen, um einen Korb Mais zu kaufen, und der Händler, der ihnen den Mais verkauft hat, nachdem er ihn zuvor aufgekauft und versteckt und darauf gewartet hat, bis der Preis steigt; die BewohnerInnen der *barrancos* in der Hauptstadt und jene, die in den exklusiven Quartieren leben; Frauen und Männer, die das Stigma tragen, eine "abartige" Sexualität zu leben, und Berufsreligiöse, die die Macht haben, das Bewusstsein der Leute zu beeinflussen; die Frau, der ihr Neugeborenes weggenommen wurde und der Rechtsanwalt, der die Adoption des Kindes durch ein nordamerikanische Paar abwickelt; Ge-

fangene, ihre WärterInnen und die RichterInnen, die sie verurteilt haben; Frauen und Männer, die von ihrem Partner oder ihrer Partnerin betrogen worden sind wie auch deren LiebhaberInnen; Doña Rufina, die monatelang vom Militärkommissionär ihres Dorfes, der ihren Ehemann umgebracht hatte, vergewaltigt wurde, und den mordenden Kommissionär; die Opfer der Genozide während des Kriegs und die Täter... Alle, egal welche soziale Stellung sie innehaben, verehren die leidschreienden Prozessionen der heiligen Opfer.

Man könnte dieses einzigartige Vermögen der heiligen Opfer, die unterschiedlichsten Leute anzusprechen, als wundersam bezeichnen: Niemand sonst kann das. Im Gegensatz dazu sticht die geringe soziale Wirkung dieser Anlässe ins Auge. Wie ist es möglich, dass sie auf derart grosse Akzeptanz stossen und trotzdem so wenig dazu beitragen, die sozialen Zustände, die die Mehrheit quälen, zu ändern? Warum nehmen sich die heiligen Opfer nicht den unzähligen Opfern unserer Geschichte und tagtäglichen Gegenwart an? Welche Erklärung gibt es für dieses Phänomen?

Die üblichste und von den Kirchen offiziell vertretene Antwort lautet, dass das Drama von Golgatha das Drama der Sünde als Beleidigung Gottes ist. Jesus wurde für unsere Sünden geopfert, ähnlich, wie die vielen Lämmer im Tempel Jerusalems während des Pessach-Festes geopfert wurden. Dem liegt die Vorstellung Jahwes als des grausamen Gottes des Alten Testaments zugrunde, die auch in anderen Religionen vorkommt: Der Zorn Gottes über die Sünden der Menschheit wird mit möglichst heiligen Opfern besänftigt.

Diese Interpretation stützt sich auf eine biblische Tradition, die den Schwerpunkt auf Kulthandlungen setzt: Das menschliche Leben wird als Gottesdienst verstanden, und die Sünde muss durch Opfer, darunter der Tod, wieder gutgemacht werden.

Dem steht eine andere Tradition gegenüber, der Jesus sich zugehörig gefühlt hat: die Tradition der Propheten. Hier ist die Gerechtigkeit der wahre Gottesdienst, wer Unrecht begeht, beleidigt Gott, der in den Opfern gegenwärtig ist.

Die Propheten wurden von den Mächtigen verfolgt, z.T. bis zu ihrem Tod. So erging es auch Jesus. In der Tradition der Propheten ist die Auferstehung nicht so sehr eine philosophische Frage über das Jenseits, sondern vielmehr das wunderbare Eingreifen Gottes zugunsten der umgebrachten Unschuldigen, ein Akt der Gerechtigkeit, der die Vorhersagen der Herrschenden vereitelt. Die prophetische Tradition enthält einen klaren soziopolitischen Bezugspunkt.

Auf die zuvor gestellte Frage gibt es verschiedene Antworten. Die am weitesten verbreitete ist, dass in unseren Gesellschaften, die auf Herrschaft und Beherrschung basieren, die Figur eines Gottes/Patriarchen dazu dient, das gesamte soziale System zu legitimieren. Dieser Gott rechtfertigt die Herrschaft der einen über die anderen und führt die Schuld als Abweichung des Protestes und des Widerstandes ein.

In diesen Gesellschaften wird das Opfer Jesus sakralisiert und des soziopolitischen Charakters beraubt, der seinem Menschsein innewohnt. Damit verweist er nicht länger auf irgendeine soziopolitische Bedingung. Im Gegenteil: Der gerechte Zorn der Leute über die Gewalt wird sublimiert und durch die Sünden in Schuld verwandelt - eine Schuld so unendlich wie Gott selbst, da sie gegen Gott gerichtet ist, und die den Tod Jesu notwendig werden liess für die Vergebung. So wird der Zorn der Opfer auf den Unterdrücker gegen sie selbst gewendet, aus Zornigen werden Schuldige.

Dies ist der vorherrschende religiöse Diskurs in der Karwoche, der es ermöglicht, dass diese Feste derart viele Leute aus den unterschiedlichsten sozialen Verhältnissen zusammenbringen; der keinen Raum lässt, in dem wir zusammen mit den heiligen Opfern auch die Opfer unserer Geschichte verehren könnten; der es zulässt, dass alles weitergeht, wie bisher: Dass die Herrschenden weiterhin herrschen und die Beherrschten sich mit ihren "Sünden" auseinandersetzen, anstatt das System zu hinterfragen.

Vielen Dank an Yvonne Joos für die Übersetzung!